

# Das Ehe- und Ehegüterrecht in den neuen Bundesländern

Von Richter am AmtsG Dr. Gerd Brudermüller und Ministerialrat Dr. Thomas Wagenitz, Bonn

Mit dem 3. 10. 1990 ist das schon bislang in der Bundesrepublik geltende Ehe- und Ehegüterrecht in den neuen Bundesländern in Kraft getreten. Das ergibt sich aus Art. 8 des Einigungsvertrages und ist – für das BGB – in Art. 230 Abs. 2 EGBGB nochmals besonders klargestellt. Der Wechsel zum neuen Recht wird von zahlreichen Übergangsvorschriften begleitet. Sie finden sich für das BGB in Art. 234 §§ 1 bis 4 EGBGB; für das EheG gelten die Bestimmungen in Anlage I Kapitel III Sachgebiet B Abschnitt III Nr. 11 des Einigungsvertrags<sup>1)</sup>.

Im Text dieser „Maßgaben“ sucht der Rechtsanwender vergebens nach einer Bezugnahme auf die neuen Bundesländer. Das hat seinen Grund: Die Übergangsvorschriften regeln sogenannte Altfälle. Die Frage, ob ein Gericht in einem der neuen Bundesländer oder ein Gericht im bisherigen Bundesgebiet mit einem solchen „Altfall“ befaßt ist, bleibt für die Anwendung der Übergangsregelung unerheblich. Maßgebend – und vorrangig – ist vielmehr eine interlokal-kollisionsrechtliche Betrachtung: Bestimmt sich die Beurteilung des „Altalles“ interlokal-kollisionsrechtlich nach dem in den neuen Bundesländern geltenden Recht, gilt für den Altfall das Ehe- und Ehetrennungsrecht nur nach Maßgabe der Übergangsvorschriften – und zwar auch dann, wenn ein im ursprünglichen Bundesgebiet tätiges Gericht über diesen Altfall befindet. Unterstellt das interlokale Kollisionsrecht den Altfall dagegen dem in den bisherigen Bundesländern geltenden Ehe- und Ehetrennungsrecht, so hat auch ein in den neuen Bundesländern ansässiges Gericht diesen Altfall uneingeschränkt nach diesem Recht zu beurteilen; die Übergangsregelungen finden auf ihn keine Anwendung.

Besondere interlokale Kollisionsnormen hat der Einigungsvertrag nicht geschaffen. Die Vertragsparteien gingen davon aus, daß die Praxis hierzu weiterhin die Vorschriften des IPR entsprechend anwendet. Mit dem Einigungsvertrag ist auch das IPR vollständig vereinheitlicht worden; für bereits abgeschlossene Vorgänge verweist Art. 236 § 1 EGBGB allerdings grundsätzlich auf das bisherige Kollisionsrecht (also auch: auf das der früheren DDR).

## A. Verlöbniß<sup>2)</sup>

Dem vom BGB liebevoll bewahrten Verlöbniß widmet das Familiengesetzbuch der DDR<sup>3)</sup> einen knappen Satz: Nach ihm können die Partner durch ein Verlöbniß ihren Willen zum Ausdruck bringen, zu prüfen „ob von ihren Charaktereigenschaften... her die Voraussetzungen gegeben sind, einen Bund fürs Leben zu schließen“ (§ 5 Abs. 3 S. 2 i.V. mit S. 1 FGB). Ein negativer Ausgang dieser Prüfung bleibt freilich folgentos<sup>4)</sup>. Für unter dem FGB begründete Verlöbnisse hat es damit auch künftig sein Bewenden: Die §§ 1297 bis 1302 BGB gelten, so will es Art. 234 § 2 EGBGB aus Gründen des Vertrauensschutzes, für sie nicht.

## B. Eingehung der Ehe<sup>5)</sup>

Das EheG, obschon alliiertes Recht, hat die wiedererlangte deutsche Souveränität unbeschadet überstanden<sup>6)</sup>. Mehr noch: Art. 8 des Einigungsvertrages hat das alte Kontrollratsgesetz auf die neuen Bundesländer erstreckt. Damit richtet sich künftig „automatisch“ auch dort die Eheschließung in Voraussetzungen und Folgen nach dem EheG. Zu regeln blieb freilich die

Wirkung dieses neuen Rechts auf die unter dem Recht der früheren DDR geschlossenen („Alt“-) Ehen:

### 1. Wirksamkeit von Eheschließungen

Während nach dem EheG eine Ehe immer schon dann wirksam zustande kommt, wenn die Eheschließenden ihren Eheschließungswillen vor einem Standesbeamten erklärt haben, statuierte das Recht der früheren DDR – folgt man seiner offiziellen Erläuterung – weitergehende Wirksamkeitsfordernisse: So waren die gleichzeitige persönliche Anwesenheit der Nupturienten und das Verbot von Bedingungen oder Zeitbestimmungen in § 6 FGB zwar nicht ausdrücklich vorgeschrieben, aber wohl so selbstverständlich, daß Verstöße nicht – wie nach dem EheG (§ 17 Abs. 1 i.V. mit § 13) – zur Nichtigkeit, sondern zur Unwirksamkeit der Eheschließung führen sollten<sup>7)</sup>. Und der nach § 6 FGB in Gegenwart der Eheschließenden zu bewirkenden Eintragung der Ehe in das Ehebuch kam offenbar eine derart zentrale Bedeutung zu, daß bei Verletzung ebenfalls von der Unwirksamkeit der Ehe ausgegangen wurde<sup>8)</sup>.

Angesichts solcher Divergenzen sind die Maßgaben zum EheG (in: Anlage I Kapitel III Sachgebiet B Abschnitt III Nr. 11 des Einigungsvertrages) nachdrücklich um Vertrauensschutz bemüht. Schutzwürdig ist dabei das Vertrauen in den Bestand einer unter dem bisherigen Recht formwirksam eingegangenen Ehe ebenso wie in den Nichtbestand einer nach diesem Recht formunwirksam geschlossenen (Nicht-)Ehe. Buchstabe a der Maßgaben bringt dies auf eine kurze Formel: Die Wirksamkeit – und das heißt zunächst: das wirksame Zustandekommen – von Alteen bestimmt sich (wie zu ergänzen ist: in Voraussetzungen und Rechtsfolgen) nach dem bisherigen Recht; die Vorschriften des EheG gelten insoweit nicht.

<sup>1)</sup> Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18. September 1990, vom 23. September 1990, BGBl II S. 885/946/954; siehe die Auszüge oben S. 1 ff.

<sup>2)</sup> Dazu auch Orth, unten S. 162.

<sup>3)</sup> Vom 20. Dezember 1965, GBl-DDR I 1966 S. 1; geändert durch das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch der DDR vom 19. Juni 1975, GBl-DDR I S. 517 sowie durch das am 1. Oktober 1990 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Familiengesetzbuchs der DDR (1. FamRÄndG) vom 20. Juli 1990, GBl-DDR I S. 1038; (im Folgenden zitiert: FGB); zum 1. FamRÄndG Eberhardt, unten S. 149 ff.

<sup>4)</sup> Autorenkollektiv unter Leitung von A. Grandke, Familienrecht, Lehrbuch, Staatsverlag der DDR, Berlin, 3. Aufl. 1981, S. 84; (im Folgenden zitiert: Lehrbuch).

<sup>5)</sup> Dazu auch Orth, unten S. 163.

<sup>6)</sup> Nach Art. 7 Abs. 1 des Souveränitätsvertrages beenden die alliierten Mächte ihre „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der vier Mächte aufgelöst“ (vgl. Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 11. Oktober 1990, BGBl II S. 1317). Mit dieser Formulierung ist die Rechtssetzungsbefugnis der Alliierten entfallen, jedoch nicht das aufgrund dieser Befugnis früher von den Alliierten gesetzte Recht.

<sup>7)</sup> Lehrbuch [Fn. 3], S. 90 f.

<sup>8)</sup> Lehrbuch [Fn. 3], S. 90 f.; Kommentar zum Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1965 und zum Einführungsgesetz zum Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1965 (beide in der Fassung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975), herausgegeben vom Ministerium der Justiz, Staatsverlag der DDR, Berlin, 5. Aufl. 1982, Anm. 3 zu § 6; (im Folgenden zitiert: Kommentar).

## 2. Nichtigkeit von Ehen

Neben der Nichtehe kennt auch das FGB die nichtige Ehe. Nichtigkeit bedeutet dabei – nicht anders als nach § 23 EheG – Vernichtbarkeit mit grundsätzlich rückwirkender Kraft<sup>7)</sup>. Solche Gemeinsamkeit erleichtert die Überleitung:

### a) Gründe der Nichtigkeit

Freilich – das FGB geht mit der Nichtigkeit sparsam um. Es beschränkt sie auf die in § 8 FGB statuierten Eheverbote (§ 35 FGB). Der Grundsatz der Einehe (§ 8 Nr. 1 FGB) findet sich volkstümlich formuliert. Und auch die übrigen Bestimmungen nehmen sich erfrischend modern aus: So ist – anders als nach § 4 EheG – eine Ehe unter Verschwägerten uneingeschränkt zulässig (vgl. § 8 Nr. 2 FGB). Eine Adoption steht – abweichend von § 5 EheG – nur einer Ehe zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen entgegen (§ 8 Nr. 3 FGB). Schließlich führt – entgegen den §§ 2, 18 EheG – auch nicht jeder Mangel der Geschäfts- oder Urteilsfähigkeit zur Nichtigkeit der Ehe, sondern nur eine Entmündigung (§ 8 Nr. 4 FGB).

Mit diesen Nichtigkeitsgründen soll es – nach Buchstabe a der Maßgaben zum Ehegesetz<sup>8)</sup> – für unter der Geltung des FGB geschlossene Ehen auch künftig sein Bewenden haben. Das ist plausibel. Ehen, die nach § 8 Nrn. 1 bis 3 FGB nichtig sind, sind es ohnehin auch nach dem Ehegesetz. Zwar zieht das EheG in seinen §§ 4, 5 den Rahmen der Eheverbote weiter. Es geht jedoch nicht an, die Geltung solcher weiterreichenden Verbote rückwirkend auf Ehen zu erstrecken, die in zutreffender Anwendung des bisherigen Rechts korrekt geschlossen worden sind. Derselbe Vertrauensschutz rechtfertigt sich gegenüber den in §§ 17, 18 EheG statuierten Nichtigkeitsgründen.

– Keine Probleme entstehen zwar insoweit bei den Fällen eines Formverstößes nach § 17 Abs. 1 i. V. mit § 13 EheG: Eine den Formvorschriften des § 13 EheG nicht entsprechende Ehe ist nach bisherigem (DDR-)Recht nicht (bloß) vernichtbar, sondern unwirksam. Dabei soll es auch künftig bleiben (vgl. oben unter B. 1.); die in § 17 Abs. 2 EheG eröffnete Möglichkeit einer Heilung formfehlerhafter Ehen scheidet damit allerdings konsequenterweise aus.

– Wechselseitige Überschneidungen ergeben sich jedoch bei Geschäftsunfähigkeit, Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geist. tätigkeit, die nach § 18 EheG zur Nichtigkeit führen. § 8 FGB knüpft die Nichtigkeitsfolge nur an die Entmündigung, wohl nicht nur wegen Geisteskrankheit (vgl. § 460 ZGB<sup>9)</sup>). Es kann deshalb Fälle geben, in denen eine Altehe nach bisherigem Recht bestandskräftig geschlossen worden ist (Beispiel: krankhafte Störung der Geistestätigkeit ohne Entmündigung), die nach dem EheG nichtig wäre; ebenso aber auch Fälle, in denen nach bisherigem Recht eine Ehe nichtig ist (Entmündigung aus anderen Gründen als wegen Geisteskrankheit), die nach dem EheG grundsätzlich wirksam wäre. Der Vertrauensschutz gebietet es, die Bestandskraft (Vernichtbarkeit) solcher Altehen dem Recht zu unterstellen, unter dem sie geschlossen worden sind.

### b) Rechtsfolgen der Nichtigkeit

Die Berechtigung zur Nichtigkeitsklage ist in § 35 Abs. 2 FGB in Übereinstimmung mit dem EheG (§ 24) geregelt. Entsprechendes gilt im Grundsatz für die in § 36 FGB vorgesehenen Rechtsfolgen der Nichtigkeit: Ein aus der Ehe hervorgegangenes Kind hat nach § 36 Abs. 1 FGB die Rechtsstellung eines Kindes geschiedener Eltern; dies deckt sich mit der präziseren Regelung des § 1591 Abs. 1 S. 1 2. Halbsatz, § 1671 Abs. 6 BGB. Für Unterhalt und Zuweisung der Ehewohnung gelten nach § 36 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 FGB – nicht anders als nach § 26 Abs. 1 EheG – die Scheidungsfolgen; während ein bösgläubiger Ehegatte nach § 36 Abs. 2 S. 2 FGB kraft Gesetzes weder Anspruch auf Unterhalt noch auf Ausgleich gemäß § 40 FGB hat, kann der gutgläubige Ehegatte nach § 26 Abs. 2 EheG die vermögensrechtlichen Scheidungsfolgen lediglich für die

Zukunft ausschließen. Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der namensrechtlichen Konsequenzen: Entgegen den Vorstellungen des EheG<sup>10)</sup> behalten die Ehegatten gemäß § 36 Abs. 4 FGB auch nach der Nichtigserklärung den Ehenamen; jeder Ehegatte kann jedoch einen hiervon abweichenden Namen, den er zur Zeit der Eheschließung geführt hat, wieder annehmen.

Anders als die Nichtigkeitsgründe sollen sich die Rechtsfolgen der Nichtigkeit – gemäß Buchstabe b der Maßgaben zum EheG – künftig nach neuem Recht (§§ 23 bis 26 EheG) bestimmen. Mit dieser Regelung wird eine u. U. langfristige Fortgeltung des bisherigen und in seinen gesamtwirtschaftlichen Prämissen zweifelhaft gewordenen Scheidungsfolgenrechts vermieden. Voraussetzung ist freilich, daß die Ehe erst nach dem 2. Oktober 1990 für nichtig erklärt wird. Fehlt es an dieser Voraussetzung, bestimmen sich nach Buchstabe c der Maßgaben zum EheG die Nichtigkeitsfolgen weiterhin nach dem bisherigen Recht – und zwar auch dann, wenn die Entscheidung über die Nichtigkeit erst nach dem 2. Oktober rechtskräftig geworden ist. Dieser Verweis auf das bisherige Recht rechtfertigt sich hinsichtlich der vermögensrechtlichen Nichtigkeitsfolgen schon aus dem gebotenen Gleichklang mit dem Scheidungsfolgenrecht (vgl. Art. 234 §§ 4 ff. EGBGB). Er ist jedoch auch hinsichtlich der nicht vermögensrechtlichen Nichtigkeitsfolgen naheliegend: Ehegatten aus Altehen sollten nicht ohne zwingenden Grund zu einem, (vom bundesdeutschen Recht vorgeschriebenen) Verlust ihres nach der Nichtigserklärung freiwillig weitergeführten Ehenamens gezwungen werden; hinsichtlich der Rechtsstellung von Kindern aus der nichtigen Ehe sind praktische Unterschiede ohnehin nicht ersichtlich.

## 3. Aufhebbarkeit von Ehen

Das FGB kennt keine Aufhebbarkeit von Ehen: Die Ehemündigkeit ist ausnahmslos auf das 18. Lebensjahr festgesetzt (§ 5 Abs. 4 FGB) und läßt von daher der Mitwirkung eines gesetzlichen Vertreters keinen Raum; Verstöße gegen die Ehemündigkeit bleiben folgenlos<sup>11)</sup>. Uneingeschränkt wirksam und bestandskräftig sind offenbar auch Ehen, die unter Irrtum, Drohung oder Täuschung zustande gekommen sind; die Beteiligten werden hier vom FGB auf die Möglichkeit der Scheidung verwiesen.

Damit soll es – nach Buchstabe a der Maßgabe zum EheG<sup>9)</sup> – auch künftig für Altehen sein Bewenden haben, bestimmen sich doch die Folgen einer Eheaufhebung ohnehin gemäß § 37 EheG nach den Vorschriften über die Scheidung. Allerdings gibt § 37 Abs. 2 EheG einem Ehegatten die Möglichkeit, die vermögensrechtlichen Scheidungsfolgen für die Zukunft auszuschließen, wenn der andere Ehegatte den Aufhebungsgrund gekannt oder bewirkt hat. Eine Übergangsregelung, die diese Möglichkeit auch den Ehegatten von Altehen eröffnen wollte, müßte zwangsläufig auf Ehen erstreckt werden, die bereits nach bisherigem (DDR-)Recht – und damit ohne die Möglich-

<sup>7)</sup> Lehrbuch [Fn. 3], S. 88; Kommentar [Fn. 6], Anm. O. zu § 36 FGB.

<sup>8)</sup> Die „Wirksamkeit“ im Sinne des Buchstaben a der Maßgaben zum EheG [Fn. 1] umfaßt neben dem wirksamen Zustandekommen der Ehe auch deren Bestandskraft = fehlende Nichtigkeit und Aufhebbarkeit, allerdings nicht deren Scheidbarkeit. Vgl. Erläuterungen zu den Anlagen zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 – Einigungsvertrag, BT-Drucks. 11/7817 S. 50; (im folgenden zitiert: Erläuterungen).

<sup>9)</sup> Zivilgesetzbuch der DDR vom 19. Juni 1975, GBl-DDR I S. 465.

<sup>10)</sup> Palandt/Diederichsen, Bürgerliches Gesetzbuch, 49. Aufl. 1990, Anm. 3 zu § 23 EheG.

<sup>11)</sup> Lehrbuch [Fn. 3], S. 87 f.

keit, die Scheidungsfolgen für die Zukunft auszuschließen – geschieden worden sind. Der Überleitungsgesetzgeber hat – wohl im Interesse der Einfachheit – auf eine solche komplizierte Regelung verzichtet.

### C. Wirkungen der Ehe im allgemeinen

Das Wesen der Ehe und die Aufgaben der Partner sind im FGB wortreich geregelt. Das Überleitungsrecht geht an diesen Beschreibungen schweigend vorbei. Mit Recht: Das BGB hat den Ehegatten die Gestaltung ihrer Ehe weitgehend selbst überlassen. Der Rahmen des § 1356 BGB öffnet sich von selbst auch der partnerschaftlichen Berufstätigenehe, die das FGB den Ehegatten verordnet und das kurzlebige 1. FamRÄndG als allein gültiges Eheleitbild fortgeschrieben hat<sup>12)</sup>. Familienunterhalt und Getrenntlebensmodalitäten, Sorgfaltpflicht und Eigentumsvermutung (§§ 1360 bis 1363 BGB) – sie gelten auch für unter dem FGB geschlossene Ehen ebenso zwanglos wie die gleichheitskonform modernisierte Schlüsselgewalt (§ 1357 BGB). Die bleibt zwar deutlich hinter der wechselseitigen Vertretungsmacht, die das FGB (§ 11) den Ehegatten „in Angelegenheiten des gemeinsamen Lebens“ einräumt, zurück; doch läßt sie – nach dem allgemeinen Grundsatz des Art. 232 § 1 EGBGB – bereits wirksam zustande gekommene Rechtsgeschäfte auch in ihrer Verbindlichkeit für beide Ehegatten unberührt.

Besondere Sorgfalt wendet der Einigungsvertrag an die Überleitung des Ehenamensrechts<sup>13)</sup>. Das schien notwendig, machte doch das FGB um den Ehenamen nicht viel Aufhebens: Die Partner mußten (§ 11 Abs. 1 S. 1 PStG<sup>14)</sup>) ihn bei der Eheschließung bestimmen; zur Auswahl stand der zur Zeit der Eheschließung geführte Mannes- oder Frauenname. Ein geschiedener Ehegatte durfte zwar einen vor der Scheidung geführten Namen wieder annehmen (§ 28 S. 2 FGB); über diesen „Umweg“ konnte er seinen Geburtsnamen auch in eine neue Ehe einbringen. Dem in erster Ehe verwitweten Ehegatten blieb ein solcher Rückgriff auf den Geburtsnamen jedoch versagt. Dem neuen Ehenamen konnte ein Ehegatte seinen bisherigen Familiennamen hintanstellen – dies jedoch nur kraft besonderer Gestattung bei berechtigtem Interesse (§ 11 Abs. 2 PStG<sup>15)</sup>). Mit Althehen verfuhr § 3 EGFB<sup>16)</sup> noch rigoroser: Ehegatten, die vor dem Inkrafttreten des FGB (am 1. April 1966) geheiratet hatten, konnten bei berechtigtem Interesse binnen drei Monaten um Erlaubnis nachsuchen, künftig den Frauennamen als Ehenamen zu führen; Ehegatten, die vor der Gründung der DDR (am 7. Oktober 1949) die Ehe eingegangen waren, war auch diese Möglichkeit versperrt.

Künftig gilt in den neuen Bundesländern § 1355 BGB. Ehegatten, die unter dem bisherigen Recht die Ehe geschlossen hatten, behalten zwar ihren nach diesem Recht gebildeten Ehenamen. Art. 234 § 3 EGBGB eröffnet ihnen jedoch die Möglichkeit, jeden nach dem neuen Recht zulässigen Familiennamen zu führen:

– Das gilt zunächst für den Ehenamen: Nach Art. 234 § 3 Abs. 1 S. 1 EGBGB können die Partner einer unter dem bisherigen Recht geschlossenen Ehe binnen eines Jahres übereinstimmend den Geburtsnamen des Mannes oder der Frau zum Ehenamen bestimmen – vorausgesetzt, diese Möglichkeit war ihnen nach dem bisherigen Recht versagt. Ehegatten, die vor dem 1. April 1966 die Ehe geschlossen haben, erfüllen diese Voraussetzung generell; denn die engherzige Übergangsregelung des § 3 EGFB gestattete ihnen keine freie Nachholung der Namenswahl. Aber auch Ehegatten, die unter dem FGB geheiratet haben, können von dem neuen Bestimmungsrecht Gebrauch machen – nämlich dann, wenn einer von ihnen

verwitwet oder geschieden war und bei der zweiten Eheschließung nicht seinen Geburtsnamen führte: Die Ehegatten der zweiten Ehe durften nach dem bisherigen Recht diesen Geburtsnamen nicht zum Ehenamen bestimmen; sie können diese Bestimmung nunmehr übereinstimmend nachholen – und zwar auch dann, wenn sie sich bei ihrer Eheschließung für den Namen des anderen Ehegatten entschieden hatten.

– Die Möglichkeit jedes Ehegatten, dessen Geburtsname nicht Ehename geworden ist, seinen Geburts- oder zur Zeit der Eheschließung geführten Namen dem Ehenamen voranzustellen, ist vom BGB an keine besondere Frist gebunden. Sie gilt – mit dem Inkrafttreten des § 1355 Abs. 3 BGB in den neuen Bundesländern – deshalb ohne weiteres auch für die Ehegatten aus Althehen. Art. 234 § 3 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EGBGB ermöglicht solchen Ehegatten darüber hinaus, einen dem Ehenamen nach bisherigem Recht beigelegten Begleitnamen auszutauschen: Anstelle des dem Ehenamen hintangestellten (seit dem 1. FamRÄndG: vorangestellten) zur Zeit der Eheschließung geführten Familiennamens kann nunmehr dieser Name oder ein hiervon abweichender Geburtsname dem Ehenamen vorangestellt werden. Das Gesetz beläßt den Ehegatten hierfür eine zweijährige Überlegungsfrist; der Austausch des Begleitnamens kann also noch nach der binnen Jahresfrist zulässigen Änderung des Ehenamens bewirkt werden.

– Die neuen Regelungen wollen freilich keinem Ehegatten das Recht einräumen, in der Ehe fortan seinen Geburts- und seinen zur Zeit der Eheschließung geführten Namen als Ehe- und als Begleitnamen nebeneinander zu führen. Eine solche Namenswahl wäre mit der angestrebten Anpassung der nach bisherigem Recht gebildeten Familiennamen an § 1355 BGB nicht zu vereinbaren. Art. 234 § 3 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 EGBGB schreibt deshalb vor, daß mit der nach Art. 234 § 3 Abs. 1 S. 1 EGBGB getroffenen Bestimmung des Geburtsnamens eines Ehegatten zum neuen Ehenamen ein von diesem Ehegatten nach bisherigem Recht neben dem alten Ehenamen geführter Begleitname entfällt. Aus demselben Grunde stellt Art. 234 § 3 Abs. 1 S. 4 EGBGB klar, daß ein Ehegatte, dessen zur Zeit der Eheschließung geführter Name unter dem bisherigen Recht zum Ehenamen geworden ist, diesem Ehenamen nicht – unter Berufung auf den Wortlaut des § 1355 Abs. 3 BGB – nunmehr seinen Geburtsnamen als Begleitnamen hinzufügen kann.

### D. Eheliches Güterrecht<sup>15a)</sup>

#### 1. Rechtsentwicklung

##### a) Deutsche Demokratische Republik

Die Rechtsspaltung im Bereich des ehelichen Güterrechts in Deutschland wurde mit Inkrafttreten der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik<sup>16)</sup> am 7. Oktober 1949 vollzogen. Bis dahin galt auch in der damaligen sowjetischen Besatzungszone das Güterrecht des BGB, das zu diesem Zeitpunkt als gesetzlichen Güterstand die Verwaltung und Nutznießung durch den Ehemann vorsah (§§ 1363 bis 1425

<sup>12)</sup> Wagenitz, ZfJ 1990, 374.

<sup>12a)</sup> Dazu auch Jayme, oben S. 61.

<sup>13)</sup> Gesetz über das Personenstandswesen (Personenstandsgesetz) vom 4. Dezember 1981, GBl-DDR I S. 421, geändert durch das 1. FamRÄndG [Fn. 2] (auszugsweise abgedruckt oben S. 37).

<sup>14)</sup> § 11 Abs. 2 PStG wurde durch das 1. FamRÄndG [Fn. 2] geändert, vgl. dort Anlage 1 § 7 Abs. 2 FGB (Nr. 7) und Anlage 2 § 11 Abs. 2 PStG (Nr. 1).

<sup>15)</sup> Einführungsgesetz zum Familiengesetzbuch der DDR vom 20. Dezember 1965, GBl-DDR I 1966 S. 19, geändert durch das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch vom 19. Juni 1975, GBl-DDR I S. 517.

<sup>15a)</sup> Vgl. dazu auch Henrich, oben S. 63 ff.; Reichel, unten S. 86 ff.; Eberhardt, unten S. 155 ff.; Seifert, unten S. 164 ff.

<sup>16)</sup> GBl-DDR I S. 4.

BGB a. F.). Durch die DDR-Verfassung (Art. 7, 30, 144) wurden in ihrem Geltungsbereich<sup>17)</sup> alle Bestimmungen aufgehoben, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau widersprachen. Von nun an war gesetzlicher Güterstand zunächst (vom 7. Oktober 1949 bis 31. März 1966) die Gütertrennung, ergänzt durch einen Ausgleichsanspruch der nicht berufstätigen Ehefrau hinsichtlich des vom Ehemann durch Berufstätigkeit erworbenen Vermögens<sup>18)</sup>. Die Gütertrennung wurde durch das am 1. April 1966 in Kraft getretene FGB<sup>19)</sup> – unter Erstreckung auf das gesamte zu diesem Zeitpunkt vorhandene Vermögen (§ 4 EGFGFB)<sup>20)</sup> – durch die Eigentums- und Vermögensgemeinschaft (§§ 13, 14, 39 FGB) als gesetzlichem Güterstand ersetzt.

Das Güterrecht des FGB ist geprägt von der Vorstellung, daß die Ehegatten unter der Bedingung voller Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie wirtschaftlicher Chancengleichheit und Vollbeschäftigung in unselbständiger Stellung erwerbstätig sind. Es soll sicherstellen, daß die Ehegatten – insbesondere die Frauen – an dem in der Ehe erarbeiteten Eigentum und Vermögen paritätisch (in der Regel) zur Hälfte beteiligt werden. Von diesem Ansatz her hätte es nahegelegen, die Gütertrennung als gesetzlichen Güterstand beizubehalten, um das Prinzip der ökonomischen Unabhängigkeit der Frau zu unterstreichen<sup>21)</sup>. Der Gesetzgeber des FGB entschied sich stattdessen für den Güterstand der Vermögensgemeinschaft in Form der Errungenschaftsgemeinschaft<sup>22)</sup>.

## b) Bundesrepublik Deutschland

Der Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft ist dem hiesigen Recht nicht fremd<sup>23)</sup>. Bei den Beratungen zum Gleichberechtigungsgesetz<sup>24)</sup> ist ausführlich erwogen worden, die Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einzuführen. Dies ist vor allem im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Verwaltung und Auseinandersetzung des Gesamtgutes sowie bei der Regelung der Schuldenhaftung abgelehnt worden<sup>25)</sup>. In der Begründung des Entwurfs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlicher Güterstand „nicht brauchbar“ sei: Die Grundsätze, die sie verwirklichen wolle, seien zwar billigenswert, die rechtliche Ausgestaltung führe aber zu kaum tragbaren Verwicklungen und zu Ergebnissen, die dem Wesen der Ehe nicht gerecht würden<sup>26)</sup>.

In der Bundesrepublik Deutschland ist durch das Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957 (in Kraft seit 1. Juli 1958)<sup>27)</sup> die Zugewinnngemeinschaft gesetzlicher Güterstand geworden, d. h. Gütertrennung mit Verfügungsbeschränkungen zum Schutz des sozial schwächeren Ehegatten (§§ 1363 ff. BGB) und starrer schematisierter Ausgleichsregelung mit zwei Ausgleichsmodi (§§ 1371 ff. BGB).

– Abgesehen von den rechtstechnischen Schwierigkeiten bei dem Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft und den Erschwernissen für den Rechtsverkehr (die mit jeder Form der Gütergemeinschaft einhergehen), besteht ein wesentlicher Vorteil der güterrechtlichen Regelungen des BGB gegenüber denen des FGB<sup>28)</sup> in erbrechtlicher Hinsicht: Wird die Zugewinnngemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten beendet, so erhöht sich der gesetzliche Erbteil des überlebenden Ehegatten um ein Viertel der Erbschaft (§ 1371 Abs. 1 BGB), und zwar auch dann, wenn ein Zugewinn überhaupt nicht erzielt wurde.

## 2. Die Regelungen im Einigungsvertrag

### a) Überleitung in die Zugewinnngemeinschaft

Am 3. Oktober 1990 wurde der gesetzliche<sup>29)</sup> Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft des FGB nach Art. 234 § 4

Abs. 1 EGBGB<sup>30)</sup> automatisch in den gesetzlichen Güterstand des BGB übergeleitet.

Diese Überleitungsvorschrift hat Vorbilder: In Art. 8 I Nr. 3 GleichberG ist bestimmt, daß für Ehegatten, die am 31. März 1953 im damaligen Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes gelebt haben, – vorbehaltlich eines Ehevertrages – vom Inkrafttreten des GleichberG an die Vorschriften über den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft gelten. Eine ähnliche Vorschrift findet sich im Gesetz über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen (VFGüterstandsG) vom 4. August 1969<sup>31)</sup>. In § 1 Abs. 1 S. 1 VFGüterstandsG ist geregelt, daß für bestimmte Personengruppen (insbesondere Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge), die im gesetzlichen Güterstand außerhalb des Geltungsbereichs des VFGüterstandsG leben, unter näher bezeichneten Voraussetzungen vom Inkrafttreten des VFGüterstandsG an das eheliche Güterrecht des BGB gilt.

Für die Überleitung kraft Gesetzes spricht: Wäre von einer automatischen Überleitung abgesehen und den Ehegatten lediglich die Möglichkeit eröffnet worden, den Übergang in

<sup>17)</sup> Für Berlin (Ost) erst durch Verordnung vom 12. Oktober 1950.

<sup>18)</sup> Vgl. zu den staatlichen Maßnahmen zur Familienförderung: Lehrbuch [Fn. 3], S. 34 ff., S. 40 Fn. 60 (Übersicht).

<sup>19)</sup> Fn. 2: vgl. zur Begründung des Gesetzesentwurfs: Benjamin, NJ 1966, 1/4 f.; Eberhardt, NJ 1966, 8/9 f.; zu den Vermögensbeziehungen der Ehegatten: Grandke/Gysi/Orth/Rieger, NJ 1977, 583.

<sup>20)</sup> Fn. 15: dazu Kommentar [Fn. 6], Art. 4 EGFGFB Anm. 1.

<sup>21)</sup> Die Gütertrennung wurde zwar als wirksamstes Mittel zur Durchsetzung der ökonomischen Unabhängigkeit der Frau angesehen, ist aber gleichwohl als gesetzlicher Güterstand verworfen worden, weil die gesellschaftliche Situation für die Gütertrennung noch nicht reif sei (vgl. dazu Simitis, Die Entwicklung des Familienrechts in der SBZ, in: Lage des Rechts in Mitteleuropa, 1965, S. 53/64).

<sup>22)</sup> Vgl. hierzu aus der Sicht der Bundesrepublik: Wirsing, Das eheliche Güterrecht der DDR – Teil einer sozialistischen Gesetzgebung, 1973: Pleyer/Lieser, FamRZ 1970, 1 ff.; Paulowski, DRiZ 1976, 101/103 f.

<sup>23)</sup> Vgl. zu den Güterständen vor Inkrafttreten des BGB: Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts, 5. Aufl. 1930, S. 689 ff.

<sup>24)</sup> Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz – GleichberG) vom 18. Juni 1957, BGBl I S. 609 – BGBl III 400-3.

<sup>25)</sup> Vgl. die amtliche Begründung zum (II.) Entwurf des GleichberG, BT-Drucks. II/224 S. 34–37 unter II.; Bericht des Abg. Seidl, zu BT-Drucks. II/3409 S. 4 f.

<sup>26)</sup> BT-Drucks. II/224 S. 37.

<sup>27)</sup> Art. 8 II Nr. 4 erster Halbsatz GleichberG. Verkündet wurde das Gesetz am 21. Juni 1957 (dazu auch Fn. 40).

<sup>28)</sup> Eine der Bestimmungen des § 1371 BGB entsprechende Regelung fehlt im FGB; Familien- und Erbrecht sind abweichend vom BGB strikt voneinander getrennt. Allerdings ist der Ehegatte mit den Kindern des Erblassers gleichberechtigter gesetzlicher Erbe erster Ordnung (§ 365 Abs. 1 ZGB), wird jedoch neben den Kindern mit einem Mindestanteil von einem Viertel des Nachlasses weniger privilegiert als nach dem BGB. Dafür schließt der überlebende Ehegatte anders als nach dem BGB alle Erben der folgenden Ordnungen aus (§ 366 ZGB).

<sup>29)</sup> Die Ehegatten leben nicht im gesetzlichen Güterstand des FGB, wenn als Folge vorzeitiger Aufhebung der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft (§ 41 FGB) Gütertrennung besteht. Abweichende Vereinbarungen, sofern nach § 14 FGB überhaupt zulässig (siehe aber die Neufassung durch das am 1. Oktober 1990 in Kraft getretene Familienrechtsänderungsgesetz – Fn. 2 –), bewirken dagegen lediglich eine Modifizierung des Güterstandes.

<sup>30)</sup> BGBl II S. 885/947.

<sup>31)</sup> BGBl I S. 1067. Hintergrund für die Regelungen des VFGüterstandsG war, daß es angesichts der Massenfluchtbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg als unbefriedigend empfunden wurde, deutsche Flüchtlinge, Vertriebene und Übersiedler aus Ostdeutschland, die ihr Vermögen meist in der Heimat zurücklassen mußten, an dem dort geltenden Güterstand festzuhalten, obwohl dieser Personenkreis in der Regel wohl mit einer vollen rechtlichen Integration in die neue Heimat rechnete und sich endgültig von der ihre güterrechtlichen Beziehungen beherrschenden Rechtsordnung abgewandt hatte. Mit diesem Gesetz wurde das Ziel verfolgt, die möglichst vollständige rechtliche Integration der Ehegatten an ihrem neuen Daseinsmittelpunkt zu erreichen (BT-Drucks. V/3242 und V/4368). Ausführlich zur Genese: Firsching, FamRZ 1968, 631 ff. (zum Entwurf) und FamRZ 1970, 452 ff. (zum Gesetz).

den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft durch eigene Initiative herbeizuführen, wäre aufgrund der bisherigen Erfahrungen damit zu rechnen gewesen, daß diese Möglichkeit von vielen aus Rechtsunkenntnis oder Nachlässigkeit ungenutzt bliebe<sup>32)</sup>.

Das GleichberG und das VFGüterstandsG enthalten zeitlich gestaffelte Regelungen hinsichtlich ihres Inkrafttretens; die Überleitung in den neuen Güterstand sollte nicht zugleich mit der Verkündung des Gesetzes erfolgen<sup>33)</sup>. Art. 234 § 4 Abs. 1 EGBGB hat dagegen die sofortige Überleitung mit Wirksamwerden des Beitritts am 3. Oktober 1990 (0 Uhr) bewirkt. Dies hat den Vorteil<sup>34)</sup>, daß die erbrechtlichen Folgen der Zugewinnngemeinschaft (§ 1371 BGB) sogleich und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreten.

## b) Folgen der Überleitung

Bei der Errungenschaftsgemeinschaft sind drei Vermögensmassen zu unterscheiden: das gemeinschaftliche Eigentum und Vermögen der Ehegatten sowie jeweils das persönliche Eigentum und Vermögen des einzelnen Ehegatten. Dagegen entsteht bei der Zugewinnngemeinschaft kein gemeinschaftliches Vermögen; das Vermögen des Mannes und das Vermögen der Frau bleiben vielmehr wie vor der Ehe getrennt (§ 1363 BGB).

Mit der Überleitung der Errungenschaftsgemeinschaft in die Zugewinnngemeinschaft wird das von diesem Zeitpunkt an erworbene Vermögen – jedenfalls soweit es sich um einen echten Neuerwerb und nicht um einen Surrogationserwerb handelt – Einzelvermögen. Das im Zeitpunkt der Überleitung vorhandene persönliche Vermögen der Ehegatten ist Anfangsvermögen<sup>35)</sup>.

Wie das im Überleitungszeitpunkt vorhandene gemeinschaftliche Vermögen behandelt werden soll, ist gesetzlich nicht geregelt. Die Frage, ob zwei Vermögensmassen bestehen bleiben (nämlich die vor dem Überleitungszeitpunkt begründete Errungenschaft und der nach der Überleitung begründete Zugewinn<sup>36)</sup>) oder ob der alte Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft aufgelöst und das Ergebnis dieser Auseinandersetzung das Anfangsvermögen dieses Ehegatten bildet<sup>37)</sup>, ist im Sinne des zweiten Lösungsweges zu entscheiden. Insbesondere praktische Gründe sprechen dafür, die Errungenschaftsgemeinschaft mit ihrer Überleitung in die Zugewinnngemeinschaft als aufgelöst zu betrachten und das Auseinandersetzungsguthaben eines jeden Ehegatten dessen Anfangsvermögen im Sinne von § 1374 BGB zuzurechnen<sup>38)</sup>. Andernfalls müßten die verschiedenen Gütermassen auf Dauer auseinandergehalten werden, was schon deshalb Probleme schaffen dürfte, weil mit zunehmendem zeitlichem Abstand immer schwieriger zu klären sein wird, welcher Gütermasse ein Gegenstand zuzuordnen ist. In Zweifelsfällen soll davon ausgegangen werden, daß den Ehegatten, sofern sie nichts anderes vereinbart haben, das gemeinschaftliche Eigentum und Vermögen je zur Hälfte zusteht<sup>39)</sup>.

## c) Option zur Fortgeltung des bisherigen Güterstandes

Der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft soll den Ehegatten nicht gegen ihren Willen aufgezwungen werden. Deshalb ist jedem Ehegatten, sofern nicht vorher ein Ehegatte gestorben oder die Ehe geschieden worden ist, nach dem Vorbild der Regelungen im GleichberG und im VFGüterstandsG die Möglichkeit eröffnet, binnen einer Frist von zwei Jahren, also bis zum 2. Oktober 1992 eine Erklärung abzugeben, durch die die Überleitung rückwirkend ausgeschlossen wird und damit der bisherige Güterstand nach dem FGB ununterbrochen fortgilt. Zum Vergleich: Nach Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2, Nr. 4 GleichberG war den Ehegatten zur Abgabe der

Fortgeltungserklärung ein bis zum 30. Juni 1958 befristetes Recht eingeräumt. Zur Ausübung der Option berechtigt waren alle Ehegatten, die bei Verkündung des GleichberG (am 18. Juni 1957) im gesetzlichen Güterstand (seit 1. April 1953 die Gütertrennung<sup>40)</sup>) gelebt hatten. Eine ähnliche Regelung enthält § 2 Abs. 1 S. 1 VFGüterstandsG<sup>41)</sup>.

Mit der Erklärung nach Art. 234 § 4 Abs. 2 S. 1 EGBGB kann lediglich die Fortgeltung des bisherigen Güterstandes erreicht, nicht jedoch ein sonstiger Güterstand gewählt werden. Das Vertrauen der Ehegatten in das Fortbestehen ihres bisherigen Güterstandes lasse es nicht zu, einseitig einem Ehegatten das Recht zur Abänderung des Güterstandes zu geben<sup>42)</sup>. Wenn einer der Ehegatten anstelle der Zugewinnngemeinschaft einen anderen Güterstand wählen will, so kann er dies nur nach den allgemeinen Vorschriften des BGB durch Ehevertrag erreichen.

Im Hinblick auf die Dauer der Erklärungsfrist wurden die Vorschriften der Verjährungshemmung (§§ 203, 206 BGB) nicht für anwendbar erklärt<sup>43)</sup>.

Zum Schutz des Rechtsverkehrs ist in Abs. 2 S. 4 bestimmt, daß aus der Wiederherstellung des ursprünglichen Güterstandes die Ehegatten untereinander und gegenüber einem Dritten Einwendungen gegen ein Rechtsgeschäft, das nach der Überleitung zwischen den Ehegatten oder zwischen einem von ihnen und dem Dritten vorgenommen worden ist, nicht herleiten können. Dadurch soll insbesondere ausgeschlossen werden, daß sich die Ehegatten durch nachträgliche Abgabe der Fortgeltungserklärung Einwendungen gegen Rechtsgeschäfte, die sie

<sup>32)</sup> Amtliche Erläuterungen zum Einigungsvertrag [Fn. 1], BT-Drucks. 11/7817 S. 43 in Anlehnung an die amtliche Begründung zum VFGüterstandsG, BT-Drucks. V/3242 S. 7.

<sup>33)</sup> Vgl. zu den Motiven bei dem GleichberG: zu BT-Drucks. II/3409 S. 33 f.; bei dem VFGüterstandsG: BT-Drucks. V/3242 S. 10 und V/4368 S. 1.

<sup>34)</sup> So ausdrücklich BT-Drucks. 11/7817 S. 43.

<sup>35)</sup> Zum Überleitungszeitpunkt als Stichtag für die Ermittlung des Anfangsvermögens vgl. *Reichel*, unten S. 86.

<sup>36)</sup> Vgl. *Staudinger/Gamillscheg*, BGB, 10./11. Aufl. 1973, Art. 15 EGBGB Rz. 143, 150.

<sup>37)</sup> Vgl. *Staudinger/v. Bar*, BGB, 12. Aufl. 1983, Art. 15 EGBGB Rz. 48 m. w. N.

<sup>38)</sup> Vgl. dazu *Wassermann*, unten S. 83. Siehe auch § 1 Abs. 3 VFGüterstandsG. Vgl. näher *Reichel*, unten S. 86.

<sup>39)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43.

<sup>40)</sup> Der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes hatte – auch für Altehen – am 31. März 1953 geendet (Art. 117 Abs. 1 GG): Die Verwurzelung im Patriarchat und die Unvereinbarkeit mit dem Gleichberechtigungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 2 GG) ließen keine Übergangsregelungen zu. Bis zu der (lange erwarteten) Entscheidung des Gesetzgebers war im Wege der richterlichen Rechtsfortbildung als Notlösung die Gütertrennung neuer gesetzlicher Güterstand (vgl. *BGH*, *BGHZ* 10, 266/279 f.; 11, Anhang S. 73; zur Problematik: *Kropholler*, Gleichberechtigung durch Richterrecht, 1975, S. 33 ff.).

<sup>41)</sup> Der Entwurf des VFGüterstandsG ging davon aus, daß als Zeitpunkt des Inkrafttretens ein mindestens 6 Monate nach der Verkündung des Gesetzes liegender Zeitpunkt festgesetzt wird (BT-Drucks. V/3242 S. 10). Den betroffenen Eheleuten sollte in Anlehnung an die Überleitungsvorschrift im GleichberG die Möglichkeit zur Abgabe der Fortgeltungserklärung nur vor dem Überleitungszeitpunkt offenstehen. Dabei sollten die Ehegatten durch ein entsprechendes späteres Inkrafttreten des Gesetzes eine etwa sechsmonatige Erklärungsfrist haben (BT-Drucks. V/4368 S. 1). Der Gesetzgeber hat sich für eine andere Lösung entschieden: Das am 5. August 1969 verkündete VFGüterstandsG trat – vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen – am 1. Oktober 1969 in Kraft; die Erklärungsfrist wurde bis 31. Dezember 1970 erstreckt (zum Vergleich die Daten des GleichberG: Verkündung am 21. Juni 1957; Inkrafttreten am 1. Juli 1958; Erklärungsfrist bis 30. Juni 1958). Den Ehegatten wurde ein Wahlrecht eingeräumt, die Fortgeltungserklärung nicht nur vor, sondern auch nach der Überleitung abzugeben.

<sup>42)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43. Die Erklärung kann nur dahin lauten, daß der bisherige gesetzliche Güterstand fortgelte solle (BT-Drucks. V/3242 S. 9 zu der entsprechenden Regelung des § 2 VFGüterstandsG).

<sup>43)</sup> Abweichend Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 5 GleichberG. Bei den Beratungen zum VFGüterstandsG erschien die Verweisung dagegen entbehrlich (BT-Drucks. V/4368 S. 2; abweichend noch BT-Drucks. V/3242 S. 7).

nach dem Überleitungszeitpunkt untereinander oder mit einem Dritten abgeschlossen haben, verschaffen könnten<sup>43)</sup>.

Die Option ist trotz der Bedenken, die an der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit der entsprechenden Regelung im Gleichberechtigungsgesetz<sup>44)</sup> erhoben wurden<sup>45)</sup>, in Fortführung auch der im VFGüterstandsG<sup>46)</sup> getroffenen Lösung als einseitiges Rechtsgeschäft ausgestaltet worden. Nach den amtlichen Erläuterungen<sup>47)</sup> ist es zwar erwünscht – und führt auch zu einer Vereinfachung des Verfahrens –, wenn die Ehegatten die Entscheidung über die Fortgeltung des bisherigen Güterstandes einvernehmlich treffen und die Erklärung gemeinsam abgeben; sollten sie sich aber nicht einigen können, muß es jedem Ehegatten ermöglicht werden, durch einseitige Erklärung die Überleitung in den neuen Güterstand rückwirkend auszu-schließen.

Ist ein Ehegatte in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt oder geschäftsunfähig, ist § 1411 BGB entsprechend anzuwenden (Art. 234 § 4 Abs. 2 S. 2 EGBGB<sup>48)</sup>).

Die in Art. 234 § 4 Abs. 2 EGBGB vorgesehene Erklärung kann nach dem Vorbild des § 4 Abs. 1 S. 1 VFGüterstandsG<sup>49)</sup> zur Vermeidung von Zuständigkeitsproblemen<sup>50)</sup> gegenüber jedem Kreisgericht (Amtsgericht) abgegeben werden. Die Erklärung ist in notariell<sup>51)</sup> beurkundeter Form vorzulegen (Art. 234 § 4 Abs. 3 S. 2 EGBGB). Damit soll sichergestellt werden, daß die Ehegatten vor Abgabe der Fortgeltungserklärung vom Notar beraten und über die rechtlichen Folgen der Ausschlagung des Güterstandes der Zugewinnngemeinschaft belehrt werden<sup>52)</sup>.

Für das gerichtliche Verfahren gelten nach Art. 234 § 4 Abs. 3 S. 8 EGBGB die Vorschriften des FGG.

#### d) Verfahren bei einseitiger Fortgeltungserklärung

Hat nur ein Ehegatte die Fortgeltungserklärung abgegeben, hat das Kreisgericht (Amtsgericht) diese Erklärung dem anderen Ehegatten nach den §§ 208 bis 213 i. V. mit §§ 166 bis 207 ZPO zuzustellen. Auslagen nach § 137 Nr. 2 Kostenordnung werden hierfür nicht erhoben<sup>53)</sup>.

#### e) Eintragung ins Güterrechtsregister

Auf Antrag eines Ehegatten wird der aufgrund einer nach Abs. 2 wirksam abgegebenen Erklärung fortgeltende gesetzliche Güterstand in das Güterrechtsregister<sup>54)</sup> eingetragen<sup>55)</sup>. Der Antrag auf Eintragung kann mit der Abgabe der Erklärung verbunden sein oder später gestellt werden, und zwar auch von dem Ehegatten des Erklärenden<sup>56)</sup>.

Wird zugleich mit der Abgabe der Erklärung nach Abs. 2 die Eintragung in das Güterrechtsregister beantragt, so erschöpft sich die Tätigkeit des Rechtspflegers<sup>57)</sup> darin, eine Aufsertigung des Antrags mit der Erklärung an das Registergericht weiterzuleiten. Das Kreisgericht (Amtsgericht) übernimmt damit nur die Anmeldung zur Eintragung (§§ 161, 128 FGG), hat aber im Unterschied zu der Regelung des GleichberG<sup>58)</sup> nicht ein Eintragungsersuchen an das Registergericht zu richten, und ist damit der Pflicht zur Nachprüfung enthoben, ob die Voraussetzungen für die beantragte Eintragung in das Güterrechtsregister gegeben sind. Da nach Abs. 3 S. 1 jedes Kreisgericht (Amtsgericht) zuständig ist, kann es dazu kommen, daß die Ehegatten Erklärungen nach Abs. 2 mit Eintragungsanträgen ohne Wissen voneinander gleichzeitig bei verschiedenen Gerichten einreichen. Gleichwohl ist zur Vermeidung von Doppelarbeit davon abgesehen worden, dem Gericht, das eine Erklärung entgegennimmt, eine Verpflichtung zur Ermittlung aufzuerlegen<sup>59)</sup>.

Beantragt nur ein Ehegatte die Eintragung in das Güterrechtsregister, so soll die Eintragung möglichst nur erfolgen, wenn der andere Ehegatte zuvor gehört wurde (Art. 234 § 4 Abs. 3 S. 7 EGBGB). Die Eintragung in das Register hat zwar keine rechtserzeugende Wirkung, so daß sich ein Dritter auf eine mit der tatsächlichen Rechtslage nicht in Einklang stehende Eintragung nicht verlassen kann; die vorgesehene Anhörung des anderen Ehegatten kann aber zur Aufklärung beitragen und unrichtige Eintragungen vermeiden helfen.

#### f) Auseinandersetzung

Trotz des kraft Gesetzes eintretenden Übergangs in den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft nach BGB wird gemäß Art. 234 § 4 Abs. 4 EGBGB das bis zum Beitrittstag erworbene gemeinschaftliche Eigentum und Vermögen nach dem bisherigen Recht der DDR (§ 39 FGB) auseinander-gesetzt<sup>60)</sup>. Eine vorzeitige Aufhebung der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft der Ehegatten sollte möglichst vermieden werden<sup>61)</sup>.

Nach § 39 FGB wird bei Beendigung der Ehe (§ 23 FGB) das gemeinschaftliche<sup>62)</sup> Eigentum und Vermögen (insbesondere Hausrat) ähnlich wie nach der HausratsVO<sup>63)</sup> „geteilt“. Dabei sollen grundsätzlich gleiche Anteile festgesetzt werden (§ 39 Abs. 1 S. 1 FGB), und zwar unabhängig von dem jeweiligen Beitrag der Ehegatten<sup>64)</sup>. Die Teilung soll in der Regel in natura erfolgen, indem das Gericht den Ehegatten bestimmte Gegenstände und Vermögenswerte zuteilt und (wie nach § 8 Abs. 3 S. 2 HausratsVO<sup>65)</sup>) nur eine erhebliche Wert-

<sup>43)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43. Vgl. BT-Drucks. V/4362 S. 2 (zu § 2 Abs. 3 S. 2 VFGüterstandsG).

<sup>44)</sup> Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 1 erster Halbsatz GleichberG.

<sup>45)</sup> Vgl. insbesondere *Bosch*, FamRZ 1957, 189; 1958, 81/87; 1959, 460 (Anm.) m. w. N.

<sup>46)</sup> § 2 Abs. 1 S. 1 VFGüterstandsG.

<sup>47)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43 in Anlehnung an die amtliche Begründung zu § 2 VFGüterstandsG, BT-Drucks. V/3242 S. 7.

<sup>48)</sup> Ebenso Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 1 zweiter Halbsatz GleichberG und § 2 Abs. 1 S. 2 VFGüterstandsG.

<sup>49)</sup> Abweichend Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 2 GleichberG. Zu den Gründen für die (dem Vorbild des GleichberG nicht folgende) Regelung im VFGüterstandsG: BT-Drucks. V/3242 S. 7.

<sup>50)</sup> Vgl. dazu BGH, BGHZ 36, 197 = FamRZ 1962, 111.

<sup>51)</sup> So auch § 4 Abs. 1 S. 2 VFGüterstandsG: weiter gefaßt – gerichtliche oder notarielle Beurkundung – noch der Entwurf (§ 2 Abs. 2 S. 2, BT-Drucks. V/3242 S. 2, dazu Begründung S. 9) in Anlehnung an Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 3 GleichberG.

<sup>52)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43.

<sup>53)</sup> Entsprechend § 4 Abs. 2 S. 1 und 2 VFGüterstandsG.

<sup>54)</sup> Die Führung eines Güterrechtsregisters ist nunmehr nach § 14 a FGB i. d. F. des 1. Familienrechtsänderungsgesetzes vom 20. Juli 1990, GBl. DDR I S. 1038/1039, – als Zwischenlösung bis zum Aufbau der freiwilligen Gerichtsbarkeit – vorgesehen.

<sup>55)</sup> Vgl. Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 6 GleichberG und § 4 Abs. 3 VFGüterstandsG.

<sup>56)</sup> Vgl. zu der entsprechenden Vorschrift des VFGüterstandsG: BT-Drucks. V/3242 S. 9 f.

<sup>57)</sup> Vgl. § 3 Nr. 1 Buchst. f RPflG.

<sup>58)</sup> Art. 8 I Nr. 3 Abs. 2 S. 6 GleichberG.

<sup>59)</sup> Vgl. zur Begründung der entsprechenden Regelung des VFGüterstandsG BT-Drucks. V/3242 S. 8 f.

<sup>60)</sup> Vgl. dazu *Latka*, NJ 1978, 519 ff.; *Eberhardt*, NJ 1966, 8/10 (zu den Vorstellungen der Gesetzgebungskommission).

<sup>61)</sup> BT-Drucks. 11/7817 S. 43 f.

<sup>62)</sup> Das Alleineigentum der Ehegatten (oder das Eigentum Dritter) unterliegt nicht der Teilung nach § 39 FGB. Sind beide Ehegatten Miteigentümer (z. B. eines Grundstücks) zu bestimmten Anteilen i. S. von § 34 Abs. 2 S. 2 FGB, gehört der jeweilige Anteil eines Ehegatten zu dessen Alleineigentum, kann also nicht geteilt werden.

<sup>63)</sup> Verordnung über die Behandlung der Ehwohnung und des Hausrats – Sechste Durchführungsverordnung zum Ehegesetz – (HausratsVO) vom 21. Oktober 1944, RGBl. I S. 256 – BGBl. III 404–3.

<sup>64)</sup> Vgl. Kommentar [Fn. 6], Anm. 1.5 zu § 39 m. w. N.

<sup>65)</sup> Vgl. dazu ausführlich *Brudermüller*, FamRZ 1989, 7/12 m. w. N.

differenz in Geld ausgeglichen wird (§ 39 Abs. 1 S. 3 FGB). Maßstab für die Verteilung sind (wie bei der Billigkeitsentscheidung nach § 2 HausratsVO) insbesondere die „Lebensverhältnisse der Beteiligten“<sup>66)</sup> und die Interessen der Kinder<sup>67)</sup>.

Abweichungen vom Grundsatz hälftiger Teilung sind auf Antrag eines Ehegatten möglich (§ 39 Abs. 2 FGB). Das erste im Gesetz erwähnte Beispiel erfaßt vor allem die Fälle, in denen nach der Scheidung bei einem Ehegatten gemeinsame (minderjährige oder volljährige) unterhaltsberechtigte Kinder leben (§ 39 Abs. 2 S. 2 erste Alternative FGB). Diesem Ehegatten können mehr Sachwerte (insbesondere Hausratsgegenstände), die der gemeinschaftlichen Lebensführung der Familie dienen, übertragen werden. Eine ungleiche Verteilung kommt nach § 39 Abs. 2 S. 2 zweite Alternative FGB dann in Betracht, wenn ein Ehegatte weder durch Erwerbstätigkeit noch durch Arbeit im Haushalt einen angemessenen (und zumutbaren) Beitrag zur Schaffung des gemeinschaftlichen Eigentums und Vermögens geleistet hat.

In „besonderen Fällen“ kann das Gericht einem Ehegatten sogar das gesamte Eigentum und Vermögen zusprechen (§ 39 Abs. 2 S. 3 FGB)<sup>68)</sup>.

Verschuldensgesichtspunkte können dagegen nicht mehr<sup>69)</sup> Berücksichtigung finden. Die Auslegung des § 39 FGB im Lichte des Eheverständnisses nach dem 1. Eherechtsreformgesetz wird sich an den Kriterien für die Billigkeitsentscheidung nach der vergleichbaren Vorschrift des § 2 HausratsVO zu orientieren haben.

Bei der Auseinandersetzung nach § 39 FGB ist eine Besonderheit zu beachten: Wird binnen Jahresfrist nach der Scheidung ein Antrag auf Vermögensteilung beweglicher Sachen, die sich im Alleinbesitz eines Ehegatten befinden, nicht gestellt, so wird nach Fristablauf jeder Ehegatte Alleineigentümer derjenigen Sachen des gemeinschaftlichen Eigentums und Vermögens, die sich in seinem Besitz befinden (§ 39 Abs. 3 S. 2 FGB).

In Art. 234 § 4 Abs. 5 EGBGB wird nochmals hervorgehoben, daß für die Auseinandersetzung das bisherige Recht

maßgebend bleibt, wenn die Ehe vor dem 3. Oktober 1990 geschieden wurde.

#### g) Geschäftswert

In Art. 234 § 4 Abs. 6 EGBGB ist zur Vermeidung von Zweifelsfragen und von Schwierigkeiten bei der Feststellung des Vermögenswertes in Anlehnung an die entsprechende Vorschrift des VFGüterstandsG<sup>70)</sup> ausdrücklich bestimmt, daß der Geschäftswert für die Beurkundung der Fortgeltungserklärung (Abs. 2) und die Anmeldung zum Güterrechtsregister sowie für die Eintragung ins Register 5.000 DM beträgt.

#### h) Zwangsvollstreckung

Wird der Güterstand der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft des FGB beibehalten, sind für die Zwangsvollstreckung in Gegenstände des gemeinschaftlichen Vermögens nach der neu eingefügten Vorschrift des § 744 a ZPO<sup>71)</sup> die §§ 740 bis 744, §§ 774 und 860 ZPO entsprechend anzuwenden.

<sup>66)</sup> So ausdrücklich § 39 Abs. 1 S. 2 FGB. Dieses Verteilungskriterium ist in § 2 HausratsVO nicht eigens erwähnt, findet aber in Rechtsprechung und Literatur Berücksichtigung (Nachweise bei *Brudermüller*, FamRZ 1987, 109/112).

<sup>67)</sup> Vgl. Kommentar a. a. O. In § 2 S. 2 HausratsVO wird das „Wohl der Kinder“ besonders erwähnt.

<sup>68)</sup> Es liegt nahe, darin eine vom Gesetzgeber eröffnete Möglichkeit zur Sanktionierung ehewidrigen (und „gesellschaftsschädlichen“) Verhaltens zu sehen. *Eberhardt* (Fn. 60) hat jedoch darauf hingewiesen, daß die „Bestrafung“ eines Ehegatten auf dem Weg, dem anderen Ehegatten einen Vorteil bei der Vermögensauseinandersetzung zu verschaffen, nicht intendiert sei.

<sup>69)</sup> Nach der amtlichen Kommentierung [Fn. 6] kann im Hinblick auf die Lebensgewohnheiten desjenigen Ehegatten, „der keinen oder nur wenig Anlaß zur Eheauflösung gegeben hat“ (Anm. 1.6.1 zu § 39), oder im Hinblick auf die zur Scheidung führenden Umstände, wenn sie „zugleich die Entwicklung gemeinschaftlichen Vermögens nachteilig beeinflusst haben“ (Anm. 2.2 m. w. N.), eine ungleiche Verteilung gerechtfertigt sein.

<sup>70)</sup> Vgl. § 5 VFGüterstandsG (3.000 DM). Dazu die Begründung in der Stellungnahme des Bundesrates (BT-Drucks. V/3242 S. 11); abweichend noch der Entwurf („ein Achtel des Wertes des gegenwärtigen Vermögens beider Ehegatten“, dazu a. a. O. S. 9 f. m. w. N.).

<sup>71)</sup> BGBl. II 885/921.